

**Beschluss des 7. Landesparteitages
der 2. Tagung der Partei DIE LINKE. Thüringen am 19.9.20 in Sömmerda**
(Abstimmungsergebnis: mehrheitlich mit 2 Gegenstimmen und einigen Enthaltungen
angenommen)

Linke Perspektiven auf Sexarbeit und Prostitution

In der Partei DIE LINKE gibt es, ebenso wie in der feministischen und frauenpolitischen Bewegung, widerstreitende Positionen zum Thema Sexarbeit und Prostitution.

So hat zum Beispiel das Netzwerk "LINKE für eine Welt ohne Prostitution" einen Aufruf erarbeitet, der unter anderem ein Sexverkaufsverbot nach schwedischem Beispiel (sogenanntes "Nordisches Modell") enthält. Auf der anderen Seite sprechen sich Genoss*innen, unter anderem die frauenpolitische Sprecherin und die gleichstellungspolitische Sprecherin unserer Bundestagsfraktion, gegen ein solches Modell aus und setzen auf die Verbesserung von Arbeits- und Lebensbedingungen von Sexarbeitenden und Prostituierten.

Im Thüringer Landesverband fand bisher keine breite Diskussion über das Für und Wider der verschiedenen Positionen statt. Im Rahmen der parlamentarischen Arbeit war in dieser als auch in der letzten Legislatur das Prostituiertenschutzgesetz, dessen Ausführung in Thüringen sowie aktuell die Auswirkungen von Corona auf Sexarbeit und Prostitution, Thema. Dies geschah mit Blick auf den im Wahlprogramm enthaltenen Passus: "[Darüber hinaus will DIE LINKE. Thüringen] eine Fachberatungsstelle für Sexarbeiterinnen und -arbeiter und Betroffene von Zwangsprostitution, um sie zu schützen und zu stärken – wir wählen damit bewusst einen Weg, der auf die Selbstbestimmung von Sexarbeiterinnen und -arbeitern setzt."

Eine Beschäftigung in der Basis der Mitglieder des Landesverbandes mit dem vielfältigen und komplexen Themenfeld trägt durch das Vorstellen und den Austausch der Argumente nicht nur dazu bei, dass sich mehr Genoss*innen eine fundierte Meinung bilden können, sondern auch, dass sich grundlegend mit Fragen des Zusammenspiels von Patriarchat und Kapitalismus beschäftigt wird. Zudem können Impulse für die parlamentarische und außerparlamentarische Beschäftigung entwickelt werden. Daher ist die Form eines Werkstattprozesses im Landesverband, ähnlich wie zum BGE, eine sinnvolle Form der inhaltlichen Auseinandersetzung.

Die 2. Tagung des 7. Landesparteitages beschließt deshalb:

Der Landesverband organisiert in seinen Orts- und Kreisverbänden Informationsveranstaltungen, mit dem Ziel, eine Position auszuarbeiten und die Genoss*innen mehr für feministische Themen zu sensibilisieren.